

schließlich für sich selbst, dabei vollkommen autonom „Politik macht“. Dieses zugleich identitäre und souveräne Verhältnis erleben der einsame Robinson (auf seiner Insel) und – das göttliche Volk (in welcher Gestalt auch immer).

Der erste Fall ist einfach (und uninteressant), für den zweiten gilt das Umgekehrte. Denn sobald ein Kollektiv handelt, stellt sich automatisch die Frage, welche Beziehung dieses Ganze zu seinen Teilen hat: der Mensch als Gattungs- oder politisches Wesen zum individuellen Subjekt, Citoyen zu Bourgeois, das allgemeine zum besonderen Interesse.

Über verschiedene Möglichkeiten, diese Differenz (begrifflich) abzufassen und (politisch) aufzuheben, unterrichtet *Noetzels* Studie. An prominenter Stelle steht dabei, was Wunder, der Volksfreund Rousseau, desgleichen sein „herrischer“ Gegenspieler Nietzsche; eine dialektische Wahlverwandtschaft anderer Art bilden Marx und Hegel; Heidegger, Sartre, Jaspers oder Kosik liegen eher am Rande des einschlägigen Spektrums, doch dokumentieren sie immerhin, daß kein Gedanke undenkbar war. Fehlen darf auch das kommunitaristische Häuflein nicht (mit Charles Taylor an der Spitze), und am Ende treten die üblichen Verdächtigen der postmodernen Szene auf, darunter so disparate Figuren wie Lyotard, Luhmann und Rorty.

Verhandelt wird ein gewaltiges Thema mit mehr oder minder gewalttätigen Variationen- bis der postmoderne Zugriff die Sache schlagartig dadurch erledigt, daß er das Problem abschafft. Einfach so. Seitdem soll es kein Gattungswesen, kein Allgemeines mehr geben, dem sich der Einzelne zu unterwerfen, das Besondere anzugleichen

hätte. Die vom Eise des Ganzen befreiten Teile erforschen ihr authentisches – wahres – Wesen nicht mehr, sie erschaffen es. Ad libitum, daher authentisch.

Des Verfassers tiefbohrender Zweifel daran, daß dieser Kunstgriff den Status liberaler Kompromisse überwindet, ist verständlich, ebenso die schwerblütige Frage, wie denn angesichts solcher Beliebigkeit Verbindlichkeit zustande komme. Doch drehen derartige Skrupel das Rad seines Gedankengangs wieder zurück – damit der dann unweigerlich und mit Getöse an einem dramatischen Dilemma zerschelle: Authentizität sei, erfahren wir, das ebenso unvermeidliche wie unlösbare Generalproblem jeder menschlicher Ordnung.

Aber muß einen das interessieren? Die schwere Last der Moderne wird vom neuen Denken locker abgeworfen. Daß dieser Leichtsinns unsere Welt ruiniert, mag sein. Andererseits: Ähnliche Ängste hat, in Verteidigung seiner eigenen Anti-Politik, der Ernsteste aller Ernsten völlig gelassen hingenommen: Nicht die Welt werde untergehen, erwiderte Kant, nur ihre Schelme führen zur Hölle.

Wolfgang Fach

**Vittorio Hösle, Moral und Politik. Grundlagen einer Politischen Ethik für das 21. Jahrhundert, Beck, München 1997, 1216 S.**

Es sieht ganz so aus, als seien die Naturwissenschaften wieder einmal schneller als die Politik, schneller als die Geisteswissenschaften sind sie sowieso. Seit den neunziger Jahren vergeht kaum eine Woche, in der nicht

neue Erfolge und Fortschritte in der Genetik, genetischen Diagnostik oder Gentechnologie vermeldet werden: Genfood, Human Genome Project, Mäuse mit Menschenohren auf dem Rücken, Klonschaf Dolly, Patentanträge auf genetisch veränderte menschliche Embryonen, Utopen einer Welt ohne Krebs und Alzheimerkrankheit dank Genterapie. Einige dieser Nachrichten scheinen – oberflächlich betrachtet – verheißungsvoll, andere erzeugen ein ungutes Gefühl. Doch Genaueres weiß man nicht.

Da es schwierig ist abzusehen, wo die Eingriffe ins Genom hinführen, kann die Politik immer nur versuchen, behutsam zu reagieren, während öffentliche und private Laboratorien täglich neue Tatsachen schaffen. Dazu kommt die Schwierigkeit, daß man nicht allzu restriktiv eingreifen will (Zukunftstechnologie = Standortfaktor = Arbeitsplätze), andererseits ethische Bedenken durchaus ernst nehmen muß. Letzteres zumindest dann, wenn Umfragen über eine Ablehnung zum Beispiel genetisch veränderter Lebensmittel in weiten Teilen der Bevölkerung Auskunft geben.

Vor einem Jahr dann hat sich endlich die Philosophie lautstark zu Wort gemeldet, und zwar in der Gestalt Peter Sloterdijks, der in seiner Elmauer Rede nicht mehr darüber nachdachte, ob Eingriffe ins Genom ethisch vertretbar sind, sondern – grob verkürzt gesagt – darüber, wie der zukünftige gentechnisch optimierte „Menschenpark“ zu regulieren sei. Thomas Assheuers Angriff war sicherlich scharf formuliert, doch hat Sloterdijks Replik wiederum einen an sich sinnvollen Diskurs schnell vergiftet. Seither schweigen Feuilleton und die Kathedralen des Denkens. Die Sloterdijk-Debatte hat

jedoch eines ans Tageslicht gebracht: Oftmals fehlen den Ethikern und Moralisten die naturwissenschaftlichen Kenntnisse; und die klärenden Worte von Genetikern und Gentechnologen, wie etwa von Jens Reich, sind mit Vorsicht zu genießen, weil diese naturgemäß ein Eigeninteresse an der Genforschung haben. Die Kompetenz, ihre eigene Arbeit moralisch zu bewerten, kann man ihnen nicht absprechen, jedoch sind sie – von außen betrachtet – zumindest befangen.

Moralisches Urteilen ohne Kenntnis findet man auch bei *Vittorio Hösle*, der sich bereits Anfang der neunziger Jahre angeschickt hat, nicht weniger als eine „Politische Ethik für das 21. Jahrhundert“ zu skizzieren. Herausgekommen ist sein 1997 erschienenes Buch „Moral und Politik“, in dem es heißt: „Gentechnologische Eingriffe in die somatischen (und gegebenenfalls sogar die Keim-)Zellen sind vertretbar, wenn dies die einzige Weise ist, schreckliche Krankheiten (bzw. Erbkrankheiten, von denen nicht vermutet werden kann, daß irgendein Nachfahre an ihnen interessiert wäre) zu beseitigen und wenn garantiert werden kann, daß die Eingriffe sich nur gegen die Krankheiten richten.“ Keimzellen sind die Eizellen der Frau und die Samenzellen des Mannes; sie beinhalten also die Erbinformationen zukünftiger Generationen. Verändert man deren Genome, wird diese Veränderung immer weiter gegeben, mit Konsequenzen, die momentan nicht annähernd abzusehen sind. *Hösle* widerspricht seiner Legitimierung schon zwei Halbsätze später. Er schreibt, man solle dem Menschen „nicht das Recht zugestehen, die eigene Natur gentechnologisch zu verändern.“ Denn solche Eingriffe würden gegen die Kriterien verstoßen, mit de-

nen *Höfle* eine Risikotechnologie ablehnt, nämlich „die Langfristigkeit bedrohlicher Konsequenzen“ und „die Irreversibilität der Änderungen, die durch sie bewirkt werden.“

Man könnte dem Rezensenten vorwerfen, daß es unredlich und kleinräuberisch sei, sich aus einem 1200 Seiten starken Buch ausgerechnet eine solche Stelle heraus zu suchen, deren thematische Spitzfindigkeiten einem Philosophen möglicherweise gar nicht geläufig sein müssen. Mag sein. Doch sollten zum einen moralische Urteile mit universalistischem Anspruch, wie *Höfle* sie fällen möchte, nicht auf die leichte Schuiter genommen werden. Zum anderen illustriert gerade diese Stelle, daß universalistische Moraltheorien in einer komplexen und ethisch pluralisierten Gesellschaft durchaus problematisch sind. Der Teufel steckt im Detail. Genau daran krankt dieses Buch.

Dabei fängt alles ganz hoffnungsvoll an. Nachdem er sich darüber beklagt hat, daß die deskriptive, wertfreie Wissenschaft der Moderne nicht in der Lage sei, Lösungen anzubieten und die Politik in ihrem Beharren auf Moralfreiheit ihrer Entscheidungen nur noch auf Veränderungen reagieren könne, anstatt sie zu gestalten, verspricht *Höfle*, „Sein und Sollen“ heraus zu arbeiten, also normativ einen Weg aus der „Krise“ zu weisen, in der das Projekt der Moderne steckt. Diese „Krise“ hat fünf wesentliche Indikatoren: 1. einen „ethische[n] Nihilismus“ des Staates, dessen „weltanschauliche Grundlage immer unaufhaltsamer [sic] erodiert“; 2. die Gefahr eines weltweiten Krieges, der mit Massenvernichtungswaffen geführt wird; 3. die Verschärfung der Ungleichheit zwischen den „sogenannten entwickelten und den sogenannten

Entwicklungsländern“; 4. einen drohenden Kollaps der ökologischen Systeme, der das Leben auf der Erde seiner Grundlagen berauben wird; und 5. (beinahe tautologisch zum ersten Punkt) eine „Krise der politischen Führungskräfte“, denen die ethische Handlungsgrundlage abhanden gekommen ist. Doch sollte man nicht allzu schnell verzagen, denn: „Glücklicherweise gibt es die Philosophie, die Weisheit und Wissenschaft zu verbinden sucht.“ Und glücklicherweise gibt es *Vittorio Höfle*, der aus der klassischen Politischen Philosophie, die sich auf Ethik gründete, „Anregungen“ nimmt, um eine „konkrete Politische Ethik“ für das 21. Jahrhundert vorzulegen.

Das macht er leider erst 1042 beredte Seiten später, die angefüllt sind mit ethischen, soziologischen, soziopsychologischen, geschichts- und politikwissenschaftlichen Abhandlungen, die auch die Spieltheorie, das soziale Sein als vierte Seinssphäre, das Wesen des Organischen, das „Me“, das Wesen und die Erscheinung der Macht, den Staat und seine Geschichte und die Momente des Staates nicht zu kurz kommen lassen. Dann eine humorvolle Einlassung: „Der Leser, der mir bis hierher gefolgt ist, wird ermüdet sein. Der Verfasser ist es nicht minder.“

Ersterer hofft noch immer, endlich eine Lösung für die Zukunft zu erfahren; – der Autor fühlt sich von Selbstzweifeln geplagt, ob denn sein Projekt „theoretisch glücken“ könne und ob es selbst dann nicht praktisch vergeblich sei. Aber er gibt nicht auf. Nach einem „Augenblick stiller Einkehr“ entwirft er den „gerechten Staat“, schließt einen Abschnitt über „gerechte Politik“ an, um – tatsächlich auf den letzten achtzig (!) Seiten den versprochenen „Abriß einer Politischen Ethik für das 21.

Jahrhundert“ anzubieten. *Hösle* will der Politik eine „Prioritätenliste“ vorschlagen, die dann – ohne überhaupt explizit aufgeführt zu werden – für einzelne Politikfelder in Anwendung kommt. Grundlegende Prioritäten sind offenbar: 1. der Schutz und die Erhaltung menschlichen Lebens (wobei man mit Menschenleben durchaus kalkulieren darf, was in dem gelungenen Abschnitt über gerechte Kriege demonstriert wird); und 2. die Garantierung der Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen, also eine ökologische Umkehr.

Angewandt heißt das (in Auszügen): die Vereinten Nationen sollen schrittweise gestärkt werden, um in ferner Zukunft die Regierung eines Weltstaates zu bilden. Die UNO wird dann das internationale Gewaltmonopol innehaben, konsequenterweise wird Verteidigungspolitik als Weltinnenpolitik betrieben. Der Sicherheitsrat ist so umzugestalten, daß in ihm die bevölkerungsreichsten Rechtsstaaten vertreten sind, die sich auch vor besonderem militärischen und wirtschaftlichen Engagement nicht scheuen. Um eine Selbstblockade des Rats zu vermeiden, sind Entscheidungen mit Dreifünftelmehrheit zulässig. Als neue Unterorganisation wird ein „Umweltrat“ eingerichtet, dem eine internationale „Umweltpolizei“ zur Seite steht. Die Entwicklungshilfepolitik soll mit den Zielen der Umweltpolitik kompatibel gemacht werden. Es darf nicht sein, daß die Staaten der sogenannten Dritten Welt sich auf den Lebensstandard der westlichen Industriestaaten hin entwickeln; die ökologischen Folgen wären desaströs. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen müssen liberalisiert werden. Nur zur Erhöhung der Umwelstandards ist ein befristeter

„ökologischer Protektionismus“ zulässig. Die Staaten dürften lediglich die Rahmenbedingungen des Marktes gestalten – und die Unternehmen zu Ökobilanzen verpflichten, um eine „Suffizienzrevolution“ einzuleiten. Die Wirtschaft muß umweltverträglich, die Umweltpolitik wirtschaftsverträglich werden. Dazu gehören Umwelteuern auf Ressourcenverbrauch ebenso wie die Umstellung der Energieerzeugungsstruktur. Die Staatsquoten sind so gering wie möglich zu halten. Unabdingbar ist eine „energische Innenpolitik“, die auch Grundrechte einschränken darf, wenn „mafiose Strukturen“ oder Terroristen das staatliche Gewaltmonopol zu unterhöhlen drohen: „Es ist eigenwillig, wenn die Öffentlichkeit einen bei einem Schubwechsel getöteten Terroristen mehr bedauert als den von ihm ermordeten Polizisten.“ Der Staat muß sich wieder mehr auf seine negativen Sanktionsmittel besinnen, statt die positiven (sprich: wohlfahrtsstaatlichen) immer mehr ausufern zu lassen. Die Bildungs- und Forschungspolitik soll elitenfördernd sein, sie muß entstaatlicht werden. Die Universitäten brauchen mehr Wettbewerb. Schließlich meint der Normativist und verbeamtete Lehrstuhlinhaber *Hösle*, es sei nur gerecht, „jenen [geisteswissenschaftlichen] Strömungen, die eine Unmöglichkeit wertrationaler Erkenntnis lehren, mitzuteilen, daß die Geschäftsgrundlage weggefallen sei, die allein ihre staatliche Unterstützung rechtfertigt.“

Von diesem originellen letzten Punkt abgesehen, bringt *Hösle* also nichts Neues. Dieser letzte Abschnitt ist ein Sammelsurium aus idealistischen öko-konservativen Ideen, aufgereicht zu einem neoliberalen Mobilé. Dem ganzen das Mäntelchen einer

„Politischen Ethik für das 21. Jahrhundert“ umgehängt – das war's.

Unklar bleibt die Rolle der Religion. Sie soll Quelle des sittlichen Verhaltens sein, und auch der Staat könne ihr gegenüber nicht gleichgültig bleiben, denn ein „Staat aus Teufeln kann nicht funktionieren“. Auf welche Weise die Religion, vornehmlich der Katholizismus, der Politik „moralische Kräfte“ zuführen soll, verrät der alt-katholische *Höfle* nicht; offenbar findet er selbst keinen Ausweg aus dem Dilemma, daß beide Sphären nicht ohne weiteres kompatibel sind, es sei denn, man nähme einen religiös-fundamentalistischen Staat in Kauf, was *Höfle* ablehnt. Anders als in der Musik sind jedoch unvollendete Gedanken in der Wissenschaft nicht viel wert.

*Vittorio Höfle* vergedet sein unbezweifelbares Talent – von dem unter anderem eine beeindruckend logische und klare Sprache zeugt –, indem er in überbordendem Fleiß alles mitteilt, was er für mitteilenswert hält. Hätte er weniger geschrieben und das wenige detaillierter ausgeführt, wäre für die Leser mehr gewonnen gewesen. Doch schon kündigt er (im Internet) an, „Moral und Politik“ um „eine entsprechende theoretische Philosophie“ zu ergänzen. Dieses ganze Projekt muß um so mehr erstaunen, als der Autor selbst schreibt, die Philosophie könne ein neues Ethos der Moderne nur „kritisch begleiten, sie kann es nie und nimmer hervorbringen.“

Daniel Schmidt

**Nikolai Genov (Hrsg.) Continuing Transformation in Eastern Europe, trafo verlag, Berlin 2000, 230 S.**

Der Sammelband, Ergebnis einer Tagung von osteuropäischen Sozialwissenschaftlern in Sofia, analysiert generell Konzeptionen und Erfahrungen acht Jahre nach Transformationsbeginn (Teil I) und widmet sich speziell dem größten sozialen Transformationsrisiko für den Einzelnen, der Arbeitslosigkeit (Teil II). Der Band unterscheidet sich schon auf dem ersten Blick von der Vielzahl ähnlicher Untersuchungen durch seine geographische Dimension: Nicht nur wird dem „entfernteren“ Transformationsländern, wie etwa Bulgarien, Mazedonien, dem Baltikum oder Rußland eine größerer Platz eingeräumt als üblich. Es wird darüber hinaus die Ex – DDR berücksichtigt, die in der Regel selbst bei „flächendeckender“ Behandlung des osteuropäischen Transformationsgebietes vergessen wird. Dafür gibt es gute Gründe und ein erster Blick in den vorliegenden Band scheint dies auch zu bestätigen. In einer Zusammenfassung auf Deutsch, die der Herausgeber im Konferenzband voranstellt heißt es zu den bestürzenden Ergebnissen der Transformation: „Neue technologische Innovationen wurden in den meisten mittel- und osteuropäischen Gesellschaften immer geringer. Die Marktwirtschaft wird kriminalisiert. In der Politik gibt es starke klientelistische Tendenzen und die Partikularisierung von wertnormativen Systemen verursacht Konfliktpotenziale auf ethnischer wie auf religiöser Basis“. (S. 11)

Von all dem scheint die Situation in den neuen Ländern doch weit entfernt zu sein. Das die Organisatoren der Konferenz mit der Einbeziehungen